Haushaltsrede 2018 (es gilt das gesprochene Wort)
DIE LINKE. Hennef zum Haushalt der Stadt Hennef für das Jahr 2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

in der Haushaltsrede wird ein Schwerpunkt auch Punkt 3.6 sein, unsere Bewertung und Entscheidung zum Aktionsplan Inklusion.

Wir fragen erneut: Wem gehört die Stadt?

Schauen wir uns zuerst noch einmal kurz die Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes an:
Mit Interesse nahmen wir zur Kenntnis, dass der BM schon die zum Teil gravierenden Baustellen benennt, aber immer wieder entschuldigend zu vermitteln versucht, dass er **a. nicht Schuld** (keine Verantwortung) trägt und **b. ohnehin keinen Einfluss** auf die Geschehnisse hat. Wenn man sich aber im Detail mit der Frage beschäftigt (sofern man daran ein Interesse hat), welchen Anteil die Stadt Hennef bzw. der BM an der Verursachung der Baustellen hat, wird der eigentliche Sachverhalt nebulös gehalten. So ist zum Beispiel die gute Entwicklung des hochgelobten und hart umkämpften Gewerbegebietes Kleinfeldchen „in bürokratischen Prozessen gefangen".
Und was haben sich die Fraktionen letztes Jahr noch hier wegen Kleinfeldchen gestritten! Die SPD wurde schließlich durch die kalte Kehrtwende der CDU düpiert und verlor so immerhin ihren Kandidaten für die vakante Beigeordneten-Stelle. Anschließend waren die bitter enttäuschten Genossen gefühlte acht Wochen sauer und sogar kämpferisch ...

Dass aber auch die **hohen Aufwendungen für Personal** bewusste strategische Entscheidungen sind, um das „Unternehmen Stadt Hennef" in eine bestimmte Richtung zu manövrieren, dürfte jedem hier klar sein. **Der Überbau des Verwaltungsleiters Pipke nimmt immer größere Dimensionen an, bei gleichzeitiger Erfolglosigkeit in den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern.**

Eine überdimensionierte Pressestelle, ein zweiter Beigeordneter, strategische Unterstützung, Stabsstelle Inklusion/Älterwerden, Klimamanagement/-manager, umfassende IT-Unterstützung und zu guter Letzt die Einrichtung – zu der der BM wieder „gezwungen" wurde – von **fünf neuen Vollzeitstellen im kommunalen Ordnungsdienst** sprechen Bände. Darauf möchte ich eingehen.

Nicht, dass wir nicht eine gewisse Notwendigkeit aufgrund der rechtlichen Bewertung der Angelegenheit anerkennen mögen, aber warum wir als politische Vertreter über diese wichtige Entscheidung nicht im Vorfeld informiert worden sind (zumindest wir nicht), macht misstrauisch. Es spricht ja der ganze Vorgang für sich, **kaum für ein Mehr an Sicherheit**, wenn die Polizei sich aus bisherigen Aufgabenfeldern zurückzieht und nunmehr nicht fachlich ausgebildete Menschen, die sich auch noch in befristeten Arbeitsverträgen befinden, die bisherigen Polizeiaufgaben übernehmen sollen! Bemerkenswert sind dann allerdings die weiteren Begründungen. Der BM will nämlich mit dieser zusammengewürfelten Ordnungsdiensttruppe in den uns „**bekannten Angsträumen**" Präsenz zeigen.
Wir haben uns in der Fraktion gefragt, was wohl die uns „bekannten Angsträume" sein mögen …

Herr BM, spielen Sie bitte nicht mit den Ängsten der Menschen in Hennef.
Reden Sie nicht etwas herbei, was es in Hennef nachweislich nicht gibt! Lassen Sie den Populismus sein! Schauen Sie sich lieber die Realitäten an. Denn die Schere zwischen Menschen, die an den gesellschaftlichen Angeboten einer Stadt teilhaben können, und denen, denen die Teilhabe verwehrt bleibt, öffnet sich immer weiter! Und die Angsträume von Menschen gibt es tatsächlich, ja, real! Sogar in den eigenen vier Wänden der Menschen! Nämlich wenn der Strom gesperrt werden soll, wenn der Vermieter die notwendigen Reparaturen nicht durchführen lässt oder mit Mieterhöhung droht, wenn eine Bank kategorisch einer Erhöhung des Dispo nicht zustimmt, wenn der Arbeitgeber mit Entlassung droht oder wenn die gehunsichere ältere Dame sich nicht mehr in die Stadt zur Post traut, weil sie pure Angst hat, die viel- und schnellbefahrenen ungesicherten Straßen in Hennef zu überqueren oder es leid ist, sich auf dem Bürgersteig der Frankfurter Straße jedes Mal behaupten zu müssen. Wir haben zu der Angelegenheit der **Aufrüstung des Ordnungsamtes** einen Antrag gestellt. Wir wollen beteiligt werden, über den Sachstand sprechen und über ein Konzept, welches eine grundsätzliche **deeskalierende Zielsetzung** haben sollte. In Verbindung mit unserem Antrag auf einen **Quartierlotsen** und in Verbindung mit gesundheitlichen Angeboten des Kreisgesundheitsamtes – ich spreche hier die Aufgabenerfüllung über das PsychKG (den Krisendienst) an – besteht im Übrigen sogar die Möglichkeit, ein interessantes und bürgernahes Angebot zu modulieren. Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger und die gewählten politischen VertreterInnen mit!

„„In Dir muss brennen, was Du in anderen entzünden willst" (Augustinus).
In der Tat „brannte" Stefan Hanraths für die Idee einer inklusiven Gesellschaft."
So steht es geschrieben im sog. Inklusions-Aktionsplan der Stadt Hennef.

Dass der Inklusionsprozess in Hennef scheitern würde, war leider zu befürchten. Mit der strategischen Entscheidung, eine Stabsstelle einzurichten und die Politik nicht an einer konzeptionellen Ausrichtung gründlich zu beteiligen – und damit in die Verantwortung zu nehmen – sind mögliche, behutsame Entwicklungen von Grund auf verhindert worden.

Diese Entscheidung, Herr BM – und die der willfährigen Fraktionen – ist die größte und unüberwindbare Barriere für die Hennefer Inklusion geworden.

Wir haben das mit Beginn des Prozesses von Anfang an thematisiert, einen **fraktionsübergreifenden Inklusionsbeirat beantragt** (der keine Zustimmung fand), der die umfassende Inklusion im Kontext der Ziele der WHO als Querschnittsaufgabe politisch vorantreiben sollte. Unsere Fraktion hat **Kriterien** für einen **gelingenden Inklusionsprozess** festgelegt. Dazu gehören die Gewinnung und Einbeziehung der sog. zivilgesellschaftlichen Gruppen und Personen, der Betroffenen-Verbände und Organisationen und der betroffenen Menschen selbst („Nicht über uns ohne uns!"/ Selbsthilfe). Dies entspricht auch den gesetzlichen Regelungen im Bundesteilhabegesetz. Unsere Fraktion ist den Inklusionsprozess engagiert, sachorientiert und mit guten Vorbild mitgegangen.
Vor zwei Monaten haben Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister **inklusionswillige Arbeitgeber** in Hennef für einen ersten Austausch zu dem Thema gewinnen wollen. Es hat sich kein Arbeitgeber interessiert. Die Veranstaltung wurde gestrichen.

Vor wenigen Wochen wurde vor der letzten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration eine **Stellungnahme der Montag-Stiftung** eingeholt.
Die Montag-Stiftung hatte den Auftrag, den Prozess fachlich zu begleiten und zu moderieren. Mit dem Auftrag der Verwaltung, die Montag-Stiftung möge durch eine positive Stellungnahme den zähen und kritischen Weg durch die Fachausschüsse geschmeidiger gestalten, hat man diese natürlich gleichzeitig ihrer **Unabhängigkeit** beraubt. Aus unserer Sicht ist damit die Montag-Stiftung als unabhängiges Institut aus dem Prozess katapultiert worden. Der **Aktionsplan als Produkt** des bisherigen Prozesses, mit den eilig herbeigefügten Ergänzungen der Fraktionen, die sich mit dem Thema nur am Rande beschäftigt haben, kann natürlich in Form und Inhalt nur mangelhaft sein bzw. bleiben. Dass ausgerechnet die SPD den Druck auf Sie und auf Ihren zuständigen Beigeordneten mit einem Antrag auf eine Einrichtung eines fraktionsübergreifenden Arbeitskreises genommen hat, war dann schon eine kleine Überraschung – oder auch nicht. Um irgendwie das Gesicht zu wahren, wurde dieser Antrag schnell positiv beschlossen, ohne nachvollziehbare Begründung, wie dieser Arbeitskreis nun dem **toten Prozess wieder Leben einimpfen** kann und im Gefüge von Themen-Arbeitskreisen, Lenkungsgruppe, politischen Gremien und Aufgaben der Stabsstelle funktionieren soll. Und da wir ja in den Haushaltsberatungen sind, ist es sicher auch irgendwie gut, noch etwas Geld zu fordern. Und ein eigenes Haushaltskonto. Das hatten wir allerdings schon vor zwei Jahren beantragt!

DIE LINKE. ist da im Übrigen politisch verbindlicher, klarer und seriöser.
Wir fordern einen **Unterausschuss „Inklusion", der dem Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss angegliedert werden soll**, um diesem wichtigen Thema – als Querschnittsaufgabe – den notwendig gewordenen politischen Status zu geben.

Denn jegliches Bemühen um die Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft scheitert an der **fehlenden oder unzureichenden Haltung** zur Inklusion bzw. zu den Zielen der WHO. Im Übrigen:

Es kann weiter nicht sein, dass überwiegend wirtschaftliche oder ordnungspolitische Interessen vor sozialen, inklusiven Interessen stehen und die **Umsetzung des Inklusionsplans aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Risiko deklariert wird** sowie die Chancen in Bezug auf Attraktivität und Lebensqualität nur sekundär betrachtet werden – was im Übrigen auch im Stellenplan deutlich wird bei jetzt 61 Stellen im kommunalen Ordnungsdienst und 18 Stellen im Amt für soziale Angelegenheiten!
Da hilft auch nicht, dass Frau Bigge als Leiterin des Amtes eine anerkannt gute Arbeit leistet und regelmäßige diskreditierende politische Äußerungen im Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration relativieren muss. Wir freuen uns, dass unsere politischen Ratsaktivitäten zu einer überwiegend entspannten und transparenten Bewältigung der sehr schwierigen Flüchtlingssituation geführt haben.

Im Übrigen:
Wenn wir einen Antrag auf einen **Sozialbericht** fordern und dieser einstimmig vom **Rat beschlossen wird, dann erwarten wir auch die Umsetzung dieses Beschlusses. Diesen dann zu ignorieren ist ein glatter Fall von Arbeitsverweigerung unserer Verwaltung und des zuständigen Beigeordneten!**

Und es kann auch nicht sein**, dass inklusive, aber auch andere Anträge von uns geblockt, blind niedergestimmt - oder „verschwinden“, d. h. vom BM verzweifelt darauf untersucht werden, ob** sie **nicht doch ein Geschäft der laufenden Verwaltung sein könnten. Das hat jetzt sogar dazu geführt, dass ein Antrag von uns, wenigstens über die Vorgehensweise und das Vorhandensein von Anträgen, die so eingestuft werden, informiert zu werden, selbst als Geschäft der laufenden Verwaltung eingestuft**
wurde.

DIE LINKE. wird im Übrigen weiter engagiert inklusive Anträge stellen, sich aber aus den geplanten „Aktivitäten“ des Inklusionsprozesses aus o. g. Gründen vorerst verabschieden.

Zu stark sind die Widersprüche, die gegen ein „soziales/inklusives“ Hennef stehen, und das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Fraktionen in der konkreten Sache. Die Beschlüsse zum **günstigen Wohnraum und zum sozialen Wohnraum** sind da sicherlich die krassesten Beispiele. Es geht nicht immer nur um die Höhe der Miete, sondern auch um ein Wohnen im Quartier mit einer gut erreichbaren Infrastruktur (Mobilität, Einkaufen, ärztliche Versorgung, …).

Und am Krassesten bleibt die Haltung der sog. Christdemokraten, die sich offen gegen den günstigen Wohnungsbau aussprechen.

Und in der heutigen Diskussion wurde es deutlich.

Und entscheiden schon die Investoren über grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens in Hennef?

Unsere Fraktion kündigt hier an, dass wir uns im nächsten Jahr um die **Ein-Eltern-Familien/-Haushalte** kümmern und einen entsprechenden Antrag stellen.
Denn die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern ist alarmierend:
Jede fünfte Familie in NRW lebt in dieser Konstellation – und viele der Ein-Eltern-Familien sind von Hartz IV bedroht und eingeschränkt und benötigen von daher kleineren, bezahlbaren Wohnraum.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir stimmen diesem Haushalt 2018, diesem Nicht-Plan, dieser Führungsschwäche und Ideenarmut, dieser ordnungspolitischen statt einer sozialen/inklusiven Richtung des Haushaltes - nicht zu!

Die Integrativen Handlungskonzepte sind nicht bürgernah und nicht ergebnisoffen.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass das **Integrative Handlungskonzept** für das Hennefer Zentrum ergebnisoffen – natürlich unter Einbeziehung der verkehrlichen Situation und im Kontext mit den Ergebnissen der Inklusion und nah am Bürger – diskutiert und bearbeitet werden sollte. Wir haben gehofft, dass die beauftragten Planer beim zuerst startenden Integrativen Handlungskonzept für Blankenberg in einen konstruktiven Dialog gehen. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Auch ist schon jetzt erkennbar, dass ein paar Mitglieder der ohnehin schwach aufgestellten Werbegemeinschaft – mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung – für das Zentrum schon Tatsachen geschaffen haben.
Die verkehrliche Situation soll so zum Beispiel ausgeklammert werden.
Ein weiterer Vorgeschmack sind die hässlichen Plastiksitzmöbel mit Werbeaufdrucken, die überwiegend von der Bevölkerung abgelehnt werden, überdimensionierte und teure Wegweiser, die jetzt schon beschmiert sind, und der Versuch, mit einem Werbefilmchen den Wochenmarkt schön zu sehen und schön zu reden.
Insbesondere der Vernachlässigung des **Wochenmarktes als soziale Begegnungsstätte** und mit gesundem (Lebensmittel-) Konsumangebot, treten wir mit einem Antrag und Vorschlag entgegen, dem eine eigene durchgeführte Umfrage mit interessanten Ergebnissen zugrunde liegt.

Durchgangsverkehr vs. Aufenthaltsqualität / Digitales Parkleitsystem

Eine innerstädtische Straße zu flicken, um den Durchgangsverkehr sicherzustellen, wird die Aufenthaltsqualität in Hennef nicht verbessern. Ein jetzt eiligst gestellter Antrag der sog. Hennefpartei (CDU) auf ein mit 100.000 Euro veranschlagtes „digitales Parkleitsystem“ (obwohl drei bis fünf Schilder wohl ausreichend wären), ohne Beteiligung des Fachausschusses und ohne eine Prüfung vorzunehmen bzw. ein Konzept vorzulegen und die Sinnhaftigkeit zu diskutieren, grenzt schon an **trump`schen Größenwahn**. Ist die Frankfurter Str. nicht regelmäßig die längste innerstädtische AutoStauParkstraße im Rhein-Sieg-Kreis? Auch wenn wieder Fördermittel locken sollten, dies braucht wirklich niemand! Ich zitiere noch einmal den BM zum Entwurf des Haushaltes: „Wir sparen weiterhin, wo es nur geht.“

Horstmannsteg
Mit der geplanten Menschenkette für eine Brücke versuchte Hennef sich wieder über die Stadt hinaus einen „peinlichen“ Namen zu machen. Hätten die politischen Kolleginnen und Kollegen unserem Antrag auf Umplanung im Sommer zugestimmt, wäre in wenigen Monaten, im Frühjahr 2018, Baubeginn des neuen Steges.
Beim Vorsitzenden des BUND, Herrn Baumgartner, haben sich wohl die Hennefer Verwaltung und Politik verhoben. Es ist beschämend, aber auch bezeichnend, wie ein Ehrenamtler gut bezahlte Fachleute dermaßen an der Nase herumführen kann. Das einzige, was an „Substanz“ aus der Verwaltungsspitze kam, war Stimmungsmache. Bei der Veranstaltung auf dem Stadtsoldatenplatz war noch von sofortiger Schließung die Rede. Jetzt, wo der Verursacher des hausgemachten Chaos feststeht, bestehe laut Bürgermeister keine Gefahr der Schließung.

Wir fragen uns, ob der Bürgermeister keine Lust mehr auf seinen Job in Hennef hat, und warum er trotz strategischer Unterstützung und mit personellem und organisatorischem Überbau in so vielen Politikfeldern scheitert und eskaliert.
Und eine **Führung der Stadt**, die auf offene Briefe von Rechtspopulisten gegen den vorbildlichen sozialen Wohnungsbau eines Wolfgang Overath nicht antwortet, auch wenn es ein eigenes Parteimitglied ist, wünschen wir uns nicht. Im Einklang mit der „Hennefer Erklärung“ sind wir gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Herabwürdigung und Ausgrenzung.

Wir erinnern daran, dass der von uns initiierte **„Tag des Grundgesetzes“**, gerade in der heutigen Zeit, in der die neuen Nazis schon ihren Weg ins Landesparlament und wieder in den Bundestag gefunden haben, deutlicher kenntlich gemacht werden muss.

Liebe CDU, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ihr Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Fraktion, Bodo Löttgen, hat es vor wenigen Tagen schon gesagt und forderte auf „zum Mut zur Intoleranz gegenüber den Gegnern der Demokratie.“

Fraktion DIE LINKE. Hennef Hennef, 04.12.2017